

POLITISCHE FORDERUNGEN DES FORUM FAIRER HANDEL

Der Faire Handel ist in den 1970er Jahren als Protest und Antwort auf die Ungerechtigkeit des Welthandels entstanden. Neben der Unterstützung von benachteiligten Produzent*innengruppen im Globalen Süden und der Veränderung des Verbraucherverhaltens im Globalen Norden setzte sich der Faire Handel von Beginn an auch ein politisches Ziel: die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für „Dritte Welt“-Produzent*innen. Hieraus ergeben sich eine Reihe von politischen Forderungen, welche das Forum Fairer Handel als Verband des Fairen Handels in Deutschland im Rahmen seiner politischen Arbeit verfolgt:

Handelsregeln müssen auf sozialen und ökologischen Mindeststandards basieren und demokratisch und transparent verhandelt werden

Gegenwärtig werden im internationalen Handel Produkte vorrangig nach ihrem Preis bewertet. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion spielen eine untergeordnete Rolle. Dabei sollte Handel daran gemessen werden, was er zur Verwirklichung der Menschenrechte beiträgt. Handelsabkommen müssen verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards beinhalten. Sie müssen internationalen Menschenrechts- und Umweltkonventionen untergeordnet werden, die im Konfliktfall Vorrang vor den Handelsregeln erhalten. Regelmäßig muss unabhängig untersucht werden, welche Auswirkungen die Handelsabkommen auf die beteiligten Länder und Drittstaaten haben. Zudem müssen die Verhandlungen zu den Handelsabkommen transparent und demokratisch sein – und alle potenziell Betroffenen einbeziehen.

Konzernmacht muss eingedämmt und unfaire Handelspraktiken verboten werden

In Deutschland kontrollieren wenige Einzelhandelsunternehmen den Lebensmittelmarkt. Auch bei Saatgut und Düngemitteln sind es jeweils nur einige wenige Unternehmen, die den Handel, die Verarbeitung, die Herstellung und den Verkauf dominieren. Um die eigene Position zu stärken, geben sie den Preis- und Kostendruck an Lieferanten und Produzent*innen weiter. Dies hat immense negative Auswirkungen auf die Menschen am Anfang der Lieferkette. Kleinbäuer*innen und Arbeiter*innen, sowohl in Europa als auch im Globalen Süden, leiden unter unsicheren Lebensgrundlagen, prekären Anstellungsverhältnissen und Umweltzerstörung.



Foto: Stefanie Loos/Naturland

Die Kontrolle von Unternehmensfusionen muss verschärft werden, um der übermäßigen Nachfragemacht und der erhöhten Marktkonzentration im Einzelhandel zu begegnen. Darüber hinaus muss eine starke deutsche und/oder europäische Regulierung durchgesetzt werden, die unlautere Handelspraktiken effektiv unterbindet.

Öffentliche Hand muss ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrnehmen

Öffentliche Stellen verwenden für ihren Einkauf Steuergelder und haben daher eine Vorbildfunktion. Deswegen sollten sie nur Waren und Dienstleistungen kaufen, bei deren Produktion Arbeits- und Menschenrechte eingehalten sowie die Umwelt geschützt wurden. Die Bundesregierung muss verbindlich faire und ökologische Standards für die Einkaufspraxis von Bund, Ländern und Kommunen vorgeben.

Entwicklungszusammenarbeit muss Kleinbäuer*innen fördern

Kleinbäuer*innen ernähren fast 70% der Menschheit. Paradoxerweise leben drei von vier der weltweit 800 Millionen Hungernden in ländlichen Regionen, also dort, wo Nahrungsmittel produziert werden. Die meisten sind sogar in der Landwirtschaft tätig. Ihnen fehlt jedoch oft das Einkommen, um sich und ihre Familien mit ausreichend Lebensmitteln zu versorgen. Vor diesem Hintergrund muss die Entwicklungszusammenarbeit Bauernorganisationen, Genossenschaften und Landarbeitergewerkschaften stärken. Zudem muss Kleinbäuer*innen ein sicherer Zugang zu Land, Saatgut und lokalen Märkten ermöglicht werden. Die lokale Weiterverarbeitung von Produkten muss gefördert und damit die Wertschöpfung bei den Produzent*innen erhöht werden.

Agrar- und Handelspolitik muss eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft fördern

Als weltweit größter Agrarexporteur setzt die Europäische Union maßgeblich auf eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft und eine exportorientierte Überschussproduktion. Bäuerliche Betriebe – sowohl in Deutschland als auch im Ausland – werden durch diese Politik zerstört. Die EU-Agrarpolitik muss neu ausgerichtet werden. Anstelle von pauschalen Flächenzahlungen für EU-Landwirtschaftsbetriebe braucht es ein neues System, das landwirtschaftliche Leistungen für die Umwelt und die Gesellschaft belohnt. Die europäische Agrarpolitik muss im Einklang mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) sein.

Unternehmen müssen verbindlich zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten verpflichtet werden

Bei der Herstellung unserer Alltagsprodukte werden häufig Menschenrechte verletzt. Um das zu verhindern, sind verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette notwendig. In den Vereinten Nationen (UN) wird derzeit über ein derartiges Abkommen diskutiert.

Die deutsche Bundesregierung sollte sich bei den Verhandlungen zu diesem „UN-Treaty“ aktiv für ein verbindliches Abkommen einsetzen. Auf nationaler Ebene hatte die Bundesregierung im Dezember 2016 einen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet. Dieser ist ein erster Schritt zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, geht aber nicht weit genug. Die Bundesregierung sollte sich stattdessen für ein nationales Gesetz einsetzen, welches Unternehmen verpflichtet, in ihrer Lieferkette Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Kein gerechter Welthandel ohne Systemwechsel

Das vorherrschende Wirtschaftssystem stellt Profit vor Menschen und Umwelt. Um nachhaltige und umfassende Lösungen für einen gerechteren Welthandel durchzusetzen, bedarf es eines Systemwechsels. Mit politischer Lobby- und Kampagnenarbeit setzt sich die Fair-Handels-Bewegung für veränderte politische Rahmenbedingungen im Welthandel ein. Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland und weltweit arbeitet sie daran, den dringend erforderlichen öko-sozialen Wandel herbeizuführen.

Visionen des Fairen Handels

Alle Menschen können weltweit in Würde arbeiten und sich dadurch einen guten Lebensstandard leisten.



**FAIRE ARBEITS
BEDINGUNGEN WELTWEIT!**

Die Landwirtschaft kann uns alle nachhaltig und ökologisch ernähren und ermöglicht den Bäuerinnen und Bauern weltweit ein gutes Auskommen.



**BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT
DIE ALLE MENSCHEN ERNÄHRT!**

Wir sind eine weltoffene, solidarische Gesellschaft, die lebenswerte Perspektiven für Schutzsuchende bietet und in der Rassismus und Diskriminierung keinen Platz haben.



**MENSCHENWÜRDIGER
UMGANG MIT ALLEN!**

Zur Umsetzung dieser Visionen wurden neun politische Forderungen formuliert. Ausführliche Informationen dazu erhalten Sie unter <http://www.forum-fairer-handel.de/politik/visionen-des-fh>